

ERKLÄRUNG DER „GRUPPE DER 24 FÜR WIRTSCHAFTLICHE HILFE AN POLEN UND UNGARN“, ABGEGEBEN ZUM ABSCHLUß EINES TREFFENS DER GRUPPE IN BRÜSSEL AM 13. DEZEMBER 1989

1. Die Minister der „Gruppe der 24 für wirtschaftliche Hilfe an Polen und Ungarn“ (die 24) gaben ihrer starken politischen und wirtschaftlichen Unterstützung des Fortschritts in Mittel- und Osteuropa hin zu pluralistischer Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und marktorientierter Wirtschaft Ausdruck. Dieser Wandel, in einem stabilen Rahmen stattfindend, wird sehr zu individueller Freiheit, Wohlstand und der Überwindung der Teilung Europas beitragen, was wiederum die allgemeine globale Stabilität stärken wird.
2. Sie begrüßten die Erklärungen der Außenminister Polens und Ungarns zu den in diesen beiden Ländern gegenwärtig durchgeführten Reformen, auf die die 24 mit der Schaffung einer dynamischen Beziehung bereits politisch reagiert haben.
3. Vor diesem Hintergrund bestätigen sie ihre Entschlossenheit zur Unterstützung für die Umgestaltung der polnischen und ungarischen Wirtschaft, überprüften die bereits eingeleiteten Initiativen und betonten die Bedeutung rechtzeitigen und globalen Handelns, ausgestattet mit angemessenen Ressourcen.

Nahrungsmittel zur Überwindung der dringenden kurzfristigen Bedürfnisse Polens werden geliefert und den Konsumenten zu den mit den polnischen Behörden vereinbarten Bedingungen zur Verfügung gestellt. Ein weiteres Maßnahmenpaket für die Versorgung mit Nahrungsmitteln ist von der Gemeinschaft für Anfang nächsten Jahres vorgesehen. Einige andere Mitglieder der 24 werden eine Teilnahme an der neuen Aktion zur Versorgung mit Nahrungsmitteln erwägen. Die dringenden Bedürfnisse an medizinischer Versorgung wurden ebenso anerkannt. Im Handel werden Maßnahmen ergriffen, um den Zugang polnischer und ungarischer Exporte zu den Märkten der 24 zu erleichtern. In Koordination mit den polnischen und ungarischen Behörden werden für Unterstützungsprogramme und Projekte die Prioritäten in Schlüsselsektoren festgelegt, darunter Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Produktion, Ausbildung, Ausbildung von Managern, Verwaltungspersonal und Beamten sowie die Förderung ausländischer Investitionen. Die Minister unterstrichen die Bedeutung weiterer entscheidender Beiträge zu vernünftigen und dauerhaften Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt in beiden Ländern. Einige Minister sehen auch die Möglichkeit vor, innerhalb solcher Hilfsprogramme auf staatliche Entwicklungshilfefonds zurückzugreifen, bei gleichzeitiger Sicherung der Zuwendungen an traditionelle Empfänger staatlicher Entwicklungshilfe. Alle Minister betonten ebenfalls die Notwendigkeit, Beiträge aus den privaten Sektoren der 24 zu gewinnen und bei der Schaffung eines blühenden privaten Sektors in Polen und Ungarn zu helfen.

4. Die Minister begrüßten die zahlreichen neuen Initiativen und besonders die erheblichen finanziellen Verpflichtungen, die von den Mitgliedern der 24 zur Unterstützung der Stabilisierung und des Wiederaufbaus in Polen und Ungarn eingegangen wurden.

Die Minister begrüßten die Erreichung des Zieles von einer Milliarde Dollar für die Einrichtung eines Stabilitätsfonds für Polen, um den Wechselkurs seiner Währung zu stabilisieren und das Programm der polnischen Regierung zur allgemeinen wirtschaftlichen Umstrukturierung zu fördern. Mehrere Mitglieder der 24 haben erhebliche Ressourcen für einen solchen Fonds bereitgestellt, der nach Abschluß eines Abkommens

mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zugänglich sein soll. Es ist notwendig, daß die verbleibenden technischen Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung des Fonds ohne Verzögerung beseitigt werden.

Die Minister begrüßten auch die Bezugnahme des Europäischen Rates auf die Notwendigkeit eines Anpassungskredits für Ungarn in Höhe von einer Milliarde Dollar, wie von der Kommission vorgeschlagen, der nach dem Abschluß einer Vereinbarung zwischen Ungarn und dem IWF zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Minister der 24 begrüßten die Anregungen des geschäftsführenden Direktors des IWF und hofften, daß die derzeitigen Verhandlungen in Kürze abgeschlossen werden.

5. Die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates hinsichtlich der Schaffung einer Europäischen Bank für Umstrukturierung und Entwicklung, der Einrichtung einer Stiftung für Berufsbildung sowie Studienaustauschprogramme für junge Leute wurden zustimmend aufgenommen. Eine Teilnahme an der Bank wird von anderen Mitgliedern der 24 erwogen. Die Vorkehrungen für die Schaffung dieser Bank werden unter den interessierten Mitgliedern der 24 sowie in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Investitionsbank diskutiert werden.

Für individuelle Projekte wie den Unternehmensfonds der Vereinigten Staaten für Polen und Ungarn in Höhe von 300 Millionen Dollar, die ja in mancher Hinsicht einen ähnlichen Zweck wie die vorgeschlagene Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung haben, empfahlen die Minister die Auslotung möglicher Verbindungen zwischen diesen Ansätzen.

6. Die Minister betonten mit Nachdruck die Notwendigkeit, daß die Hilfs- und Kooperationsprogramme voll koordiniert sind und einander ergänzen.

Die Minister äußerten ihre Wertschätzung für die Koordinierung durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaft und forderten sie auf, über die Arbeitsgruppen der 24 weiterhin Prioritäten mit den polnischen und ungarischen Behörden auszuhandeln, innerhalb derer die künftigen Aktionen der 24 vorangetrieben würden.

Die Minister gaben ihrer Bereitschaft Ausdruck, neue Initiativen im Lichte der erreichten Fortschritte zu untersuchen, und verpflichteten sich, die Teilnahme der Mitglieder der 24 an gemeinsamen Projekten zu fördern. Sie baten die Kommission, die in Warschau und Budapest Anfang 1990 Vertretungen eröffnen wird, die Durchführung solcher gemeinsamen Projekte in den jeweiligen Ländern zu koordinieren.

Die Minister begrüßten die enge Zusammenarbeit, die im Rahmen der 24 mit dem IWF, der Weltbank (IBRD), der Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa (OECD), dem Pariser Club und der Europäischen Investitionsbank geschaffen wurde, die ihre Aktivitäten in Polen und Ungarn in den spezifischen Bereichen ihrer Verantwortung entfalten.

7. Die Minister ermutigten Polen und Ungarn, den Prozeß der politischen Reformen und wirtschaftlichen Liberalisierung zu stärken, und begrüßten die Tatsache, daß andere Länder in Mittel- und Osteuropa begonnen haben, denselben Weg zu gehen. Die 24 erneuerten ihre Verpflichtung, Bemühungen zugunsten Polens und Ungarns solange zu

unterstützen, bis sie in der Lage sind, die Umwandlung in demokratische und marktorientierte Systeme abzuschließen.

Die 24 sind bereit, die Bandbreite ihrer Unterstützung auszuweiten.

8. Die Minister zeigten ihre Bereitschaft, positiv gegenüber anderen Ländern in Mittel- und Osteuropa zu reagieren, besonders auf die Deutsche Demokratische Republik, die Tschechoslowakei, Bulgarien und Jugoslawien, sobald diese die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Reformen durchführen.

Die 24 würden Anfragen von anderen Staaten zum Beitritt zu dieser Gruppe begrüßen, die ihre eigenen Beiträge zu den eingeleiteten Bemühungen leisten wollen.

9. Die Minister betonten auch die Bedeutung des wirtschaftlichen und politischen Reformprozesses in der Sowjetunion.

10. Die Minister entschieden, daß sie im Lichte neuer Entwicklungen, jedenfalls aber 1990 erneut zusammentreffen wollen.

[Quelle: Europa-Archiv 3/1990, D 58-60.]